

Im Angesicht neuer Gewalt

**Ausgewählte Beispiele aus der Ukraine,
dem südöstlichen Europa
und dem Kaukasus**

Herausgegeben von
Meinolf Arens und Roy Knocke

Potsdam
2022

Wiederholt sich die Geschichte? Der Ukrainekonflikt und die europäische Krise der 1930er Jahre

Wer als Historiker des 20. Jahrhunderts Russlands Krieg gegen die Ukraine, dessen Genese und die Russlandpolitik des Westens in den vergangenen Jahren Revue passieren lässt, den überkommt fast zwangsläufig ein Gefühl des *déjà vu*. Allzu augenfällig sind die Parallelen zu den Krisen Europas während der ausgehenden 1930er Jahre. Schon die Annexion der Krim durch Russland 2014 entsprach, wenn nicht in ihrem Verlauf, so doch in ihrem imperialen Gestus der Expansionspolitik des NS-Staates 1938. Wie damals im Falle Österreichs und des Sudetenlandes wurde auch diesmal unter Berufung auf historische Ansprüche dem eigenen Staat ein fremdes Territorium gewaltsam, aber doch ohne nennenswertes Blutvergießen einverleibt. Möglich war dies in diesem wie in jenen Fällen dadurch, dass die Bevölkerung des betroffenen Gebietes mit der Einverleibung mehrheitlich einverstanden war oder sich ihr zumindest nicht ernstlich widersetzte und die Garantiemächte der jeweiligen internationalen Ordnung sich geostrategisch in einer Lage befanden, die ihnen ein militärisches Eingreifen kaum gestattete. Stattdessen blieben die europäischen Westmächte sowohl 1938 als auch 2014 bemüht, den Aggressor auf vornehmlich diplomatischem Wege in seinen weitergehenden Ansprüchen einzuhegen. Die damit verbundene Hoffnung, ihn wieder zu einem berechenbaren Akteur der internationalen Politik zu machen, wurde freilich in allen hier genannten Fällen bitter enttäuscht. Im März 1939 überfiel Hitler die Tschechoslowakei, deren Souveränität er wenige Monate zuvor in München erst feierlich garantiert hatte. Im Februar 2022 überfiel Russland unter der Führung von Putin die Ukraine, deren Unabhängigkeit in den bestehenden Grenzen 1994 im Budapester Memorandum¹ zugesichert wurde.

¹ Vgl. den Text des am 5. 12. 1994 im Rahmen der Budapester KSZE-Konferenz unterzeichneten Memorandums unter <https://treaties.un.org/doc/Publication/UNTS/Volume%203007/Part/volume-3007-I-52241.pdf> (abgerufen am 1.12.2022). Die Zusage hinsichtlich der Souveränität und Grenzen der Ukraine (wie auch jener von Kasachstan und Belarus) durch die USA, Großbritannien und Russland erfolgte im Gegenzug zum Verzicht der Ukraine auf ehemals sowjetische Atomwaffen. Die völkerrechtliche Bindekraft des Dokuments ist in der Literatur allerdings nicht unumstritten. Vgl. dazu Andreas von Arnould, *Völkerrecht*. 4. Auflage, Heidelberg 2019, S. 82, ferner Roman Solchanyk, *Ukraine and Russia. The Post-Soviet Transition*.

Hitler löschte die eigenstaatliche Existenz seines Opfers umgehend aus; Gleiches formulierte Putin als Ziel seines Einmarsches.² Ähnlichkeiten zeigen sich auch in der Beurteilung der westlichen Reaktionen. Wurden seit 1940 britische Politiker ob ihrer Appeasement-Politik als „guilty men“³ gescholten, so sehen sich deutsche seit 2014 genau dem gleichen Vorwurf ausgesetzt, wie vor allem die Ausladung des deutschen Bundespräsidenten durch die Regierung in Kiew im April 2022⁴ dokumentiert.

Erinnert Putins Politik auf der einen Seite an jene Hitlers, so auf der anderen auch an jene Stalins. Jedenfalls weist sein gegenwärtiger Krieg gegen die Ukraine eine Reihe augenfälliger Parallelen zu einem früheren Angriffskrieg Russlands auf: dem sogenannten ‚Winterkrieg‘ gegen Finnland um die Jahreswende 1939/40.⁵ Auch damals richtete sich der Angriff Moskaus gegen einen ungleich schwächer erscheinenden Nachbarstaat, der einst – wie ursprünglich auch die Ukraine – aus der Konkursmasse des russländischen Vielvölkerreiches hervorgegangen war. Auch damals rechtfertigte der Aggressor sein Tun mit der angeblich bedrohten Sicherheit Russlands. Auch damals ging das Kalkül des

Lanham, MD 2001, S. 91f. sowie die Literaturhinweise im einschlägigen Wikipedia-Artikel unter https://de.wikipedia.org/wiki/Budapester_Memorandum#Rechtscharakter_des_Memorandums (abgerufen am 1.12. 2022).

² Zur Rechtfertigung vgl. den im Juli 2021 auf der regierungsamtlichen Website des Kremls veröffentlichten Essay von Wladimir Putin, Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer, in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Osteuropa 7 (2021), S. 51–66.

³ „Guilty Men“, im Juli 1940 nach der Katastrophe von Dünkirchen veröffentlicht, war ein von drei britischen Journalisten unter dem Pseudonym ‚Cato‘ verfasstes Pamphlet, das 15 namentlich genannte Politiker zu Schuldigen einer verfehlten Appeasement-Politik stempelte. Die immense Verbreitung der Schrift trug wesentlich dazu bei, den Ruf der ehemaligen Premierminister Baldwin und Chamberlain dauerhaft zu ruinieren. Vgl. Sidney Aster, Guilty Men: The case of Neville Chamberlain. In: Robert Boyce/ Esmonde M. Robertson, Paths to War. New Essays on the Origins of the Second World War. New York 1989, S. 233-268.

⁴ Vgl. dazu beispielhaft den Beitrag von Marc Felix Serrao in der NZZ vom 12.4.2022: Steinmeier unerwünscht – zu Recht (online: <https://www.nzz.ch/meinung/der-andere-blick/geplatzter-besuch-steinmeier-ist-in-kiew-zu-recht-unerwünscht-ld.1679228>. Abgerufen am 1.12.2022).

⁵ Vgl. neben dem noch immer lesenswerten ‚Klassiker‘ von Max Jacobson (Diplomatie im finnischen Winterkrieg 1939/40. Wien 1970) vor allem Louis Clerc, La guerre finno-soviétique: novembre 1939 - mars 1940. Paris 2015.

Kremls, sein Opfer mit militärischen Mitteln binnen weniger Tage gefügig zu machen, nicht auf. Auch damals leisteten die Angegriffenen einen Widerstand, der die Angreifer das Fürchten lehrte und die Welt das Staunen. Auch damals gab es weltweite Solidaritätsbekundungen und Hilfsaktionen für die Überfallenen. Und trotz allem standen damals die Finnen – so wie heute die Ukrainer – letztlich allein da. Denn auch damals war die institutionalisierte Völkergemeinschaft – der Völkerbund – ein ähnlich ohnmächtiger Zuschauer wie heute die Vereinten Nationen.

Angesichts derart augenfälliger Parallelen liegt die Frage nahe: Wiederholt sich die Geschichte? Theoretiker und Praktiker der Politik früherer Epochen waren davon immer wieder überzeugt. Untersuche man, so etwa glaubte Machiavelli vor einem halben Jahrtausend, die Ereignisse der Vergangenheit nur sorgfältig genug, so sei es „ein Leichtes, in jedem Staat die kommenden vorherzusehen und die gleichen Mittel anzuwenden, die auch von den Alten angewandt wurden, oder, wenn bereits erprobte Mittel nicht zur Verfügung stehen, neue auszudenken, weil die Ereignisse gleich sind.“⁶

Auch wenn dies ganz so gradlinig heute kaum noch jemand formulieren würde: Politiker haben sich auch im 20. und 21. Jahrhundert immer wieder an dieser Maxime orientiert. So zum Beispiel Präsident Harry S. Truman, als er 1950 die Intervention der USA in den Koreakrieg mit den Worten rechtfertigte: „Der Kommunismus hat in Korea genauso agiert wie Hitler, Mussolini und die Japaner zehn, fünfzehn, zwanzig Jahre früher.“ Die Nordkoreaner gewähren zu lassen, würde demnach „einen dritten Weltkrieg bedeuten, so wie ähnliche Vorkommnisse damals zum zweiten Weltkrieg geführt haben.“⁷

So einfach liegen die Dinge indes nicht. In der Regel jedenfalls scheitern alle Versuche, aus Erfahrungen der Geschichte Prognosen abzuleiten, die mehr sind als bloße Spekulationen. Selbst versierte Historiker haben sich oft genug blamiert, wenn sie sich als vermeintliche Experten

⁶ Zit. nach Christoph Wurm, Die Römer nicht bewundern, sondern nachahmen – Machiavelli als Leser des Titus Livius. In: Forum Classicum 04/2011 (online: <https://christophwurm.de/portfolio-item/die-roemer-nicht-bewundern-sondern-nachahmen-machiavelli-als-leser-des-titus-livius>. Abgerufen am 6.1.2022).

⁷ Harry S. Truman, zit. nach Jeffrey Record, Making War, thinking History. Munich, Vietnam, and the presidential uses of force from Korea to Kosovo. Annapolis, MD 2002, S. 1f.

zu Voraussagen haben verleiten lassen. Drei Gründe vor allem sind dafür verantwortlich. Da ist zum einen die triviale Tatsache, dass die handelnden Personen von heute eben nicht die von früher sind. Putin ist kein Stalin und schon gar kein Hitler. Mag er sich von deren Methoden vielleicht bisweilen inspirieren lassen, so spricht nach bisherigem Kenntnisstand doch wenig dafür, dass die Motive und Ziele seiner Politik die gleichen wären, von denen sich die großen Diktatoren des 20. Jahrhunderts leiten ließen.

Des Weiteren unterscheiden sich aktuelle Ereignisse von scheinbar gleichartigen in früherer Zeit schon allein darum grundlegend, weil die Akteure von heute zumeist im Wissen um die vorhergehenden Geschehnisse handeln. Sie werden also versuchen, aus den Erfahrungen von damals ihre Konsequenzen zu ziehen, wie immer diese im Einzelfall auch aussehen mögen. Und drittens schließlich, vielleicht am wichtigsten: Die scheinbare Wiederholung historischer Konstellationen verführt uns nur allzu leicht zu einer Fehlperzeption in dem Sinne, dass die Entdeckung des Ähnlichen unsere Wahrnehmung einseitig dominiert. So etwa stechen uns im Falle von Putins Krieg gegen die Ukraine zwar sofort die oben erwähnten Parallelen zu Stalins Angriffskrieg gegen Finnland 1939/40 ins Auge, aber erst auf den zweiten Blick werden wir der dramatischen Unterschiede zwischen beiden Konflikten und ihres gänzlich verschiedenartigen Kontextes gewahr. So war Stalins Überfall Bestandteil eines bereits zuvor entfesselten europäischen Großmachtkrieges. Anders als Putins Krieg war er zudem die Konsequenz eines zwischen den beiden mächtigsten Diktatoren des Kontinents abgeschlossenen Vertrages. Auch ereignete er sich in einer Welt, in welcher China noch keine Großmacht, die USA auf ihre Neutralität bedacht und Atomwaffen noch unbekannt waren. Unbekannt waren damals auch einflussreiche multi- bzw. supranationale Institutionen wie NATO und EU heute. Die Unterstützung an Lebensmittel- und Waffenlieferungen, die das Aggressionsopfer von damals erhielt, war ungleich geringer als das, was heute an die Ukraine geliefert wird. Und nicht zuletzt war Finnland im Gegensatz zur heutigen Ukraine ein an der geopolitischen Peripherie Europas gelegenes, zudem hinsichtlich seiner politisch-kulturellen Identität vergleichsweise homogenes Land. Alle diese und weitere Unterschiede lassen es absurd erscheinen, von einer Wiederholung der Geschichte zu sprechen.

Heißt das aber, dass aus der Geschichte nichts zu lernen sei? Tatsächlich ist die Meinung verbreitet, dass Menschen aus der Geschichte

nichts lernen, womöglich gar nichts aus ihr lernen können. Aber auch das basiert auf einem Missverständnis, neigen wir doch dazu, nur demjenigen ein Lernen aus der Geschichte zu bescheinigen, der die unseres Erachtens *richtigen* Lehren aus der Geschichte gezogen hat. Diesem Verständnis folgend meinen wir auch mit der Feststellung, dass die Menschheit nichts aus der Geschichte lerne, genaugenommen nur, dass sie leider nicht erkenne, was *unseres Erachtens* die richtigen Lehren der Geschichte wären. Gesagt zu bekommen, man habe aus der Geschichte gelernt, gilt uns als Kompliment, nicht als Vorwurf. Was aber ist mit Jenen, die der Geschichte falsche Lektionen abgewinnen? Wer wäre schon bereit, Hitler zuzugestehen, aus der Geschichte gelernt zu haben? Dabei hatte er diese doch explizit als seine „Lehrmeisterin für die Zukunft“ bezeichnet⁸, in ihr unablässig nach passenden Deutungsmustern gesucht und sich immer wieder bemüht, seine eigene Politik mit den großen Linien der Geschichte, wie er sie verstand, in Übereinstimmung zu bringen. Und auch Putin scheint davon überzeugt zu sein, aus der Geschichte – und hier insbesondere aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion – gelernt zu haben.

Die ‚richtigen‘ von den ‚falschen‘ Lektionen der Geschichte zu scheiden fällt leicht, wo wir es als Alternative mit dem offenkundig Bösen zu tun haben. (In diesem Fall bedürfte es nicht einmal des historischen Beispiels, um zu wissen, was richtigerweise zu tun ist.) Schwieriger liegen die Dinge, wenn die moralische Qualität der Alternativen ambivalent ist. Auch hier liefert Putins Krieg gegen die Ukraine ein Beispiel: Die vor allem in Kreisen der SPD lange Zeit verbreitete Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine wurde immer wieder mit dem Verweis auf Hitlers Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und die sich daraus ergebende ethische Verpflichtung zur Zurückhaltung Deutschlands begründet. Allerdings empfand mancher Beobachter den Verweis als zynisch. Denn es waren auch und insbesondere Ukrainer Opfer der deutschen Vernichtungspolitik gewesen; sie dürften wohl über 5 Millionen der sowjetischen Kriegsoffer und etwa ein Drittel aller sowjetischen Zwangsarbeiter ausgemacht haben.⁹ Angesichts dieses Umstandes ließe sich aus der Geschichte mit gleicher Berechtigung auch eine

⁸ Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Zwei Bände in einem Band. Ungekürzte Ausgabe. München 1933 (56. Auflage), S. 468. Vgl. auch Johann Chapoutot, *Der Nationalsozialismus und die Antike*. Darmstadt 2014, S. 112ff.

⁹ Kerstin S. Jobst, *Geschichte der Ukraine*. Ditzingen 2015, S. 223.

besondere Verpflichtung Deutschlands zum Schutz der Ukraine ableiten. Und genau das wurde nach Beginn des russischen Angriffs denn auch geltend gemacht.¹⁰

Das Beispiel zeigt, dass ein verbindliches Kriterium zur Unterscheidung von ‚richtigen‘ und ‚falschen‘ Lektionen der Geschichte gar nicht existiert. Von daher ist es auch höchst trügerisch, der Geschichte eindeutige Lektionen abgewinnen zu wollen. Aus Gründen, die hier näher darzulegen zu weit führen würde¹¹, erscheint sogar die Annahme plausibel, dass ‚die Geschichte‘ (was immer wir konkret darunter verstehen mögen) von sich aus gar nichts lehrt. Demnach wäre das, was wir der Geschichte als ‚Lektionen‘ abgewinnen, in aller Regel lediglich das, was wir vorher auf der Basis eigener Überzeugungen in sie hineininterpretiert haben. Der Rückgriff auf die Geschichte dient somit, vereinfacht gesagt, also vor allem dazu, unsere eigenen Ansichten und Vorurteile historisch zu veredeln. Oder, in den Worten des Osteuropahistorikers Jörg Baberowski: „Die Geschichte ist die Ressource, aus der die Begründungen für die Ansprüche der Gegenwart kommen.“¹² Erneut liefert der Ukraine Konflikt dafür gute Beispiele: So hat z.B. Putin sich ein Weltbild geformt, aus dem er eine geschichtliche Verpflichtung ableiten kann, die Ukraine und andere ‚abtrünnige‘ Teile der ehemaligen Sowjetunion unter Berufung auf die Kiewer *Rus* (also jenen mittelalterlichen altostslawischen Herrschaftsverband, der als Vorläufer der heutigen Staaten Russland, Ukraine und Belarus gilt) wieder in ein großrussisches Reich einzugliedern.¹³ Bei solcherlei Berufung auf ferne Geschichtsepochen geht es nicht primär um historische Tatsachen. Putins Kulturminister bekannte das in einem Buch ganz offen. Fakten an sich, so schrieb er 2015, bedeuteten nicht viel: „Alles beginnt nicht mit

¹⁰ Vgl. Berthold Kohler, „Die Lehren der deutschen Vergangenheit“. In: FAZ.NET vom 27.1.2022 (online: www.faz.net/aktuell/politik/ukraine-konflikt-die-lehren-der-deutschen-vergangenheit-17759257.html).

¹¹ Vgl. dazu demnächst meinen Beitrag: „Weise für immer? Vom Lernen aus der Geschichte und seinen Fallstricken.“ In: Andreas Gerstacker/ Stefanie Holder/ Michael Zerjadtko (Hrsg.), *Geschichte im Längsschnitt*. Festschrift für Burkhard Meißner [Arbeitstitel], (erscheint 2023).

¹² Zit. nach: Rudolf A. Mark, *Historische Faktoren der Putin’schen Ukrainepolitik – Wahrnehmungen und Fragen*. In: Michael Staack (Hrsg.), *Der Ukraine-Konflikt, Russland und die europäische Sicherheitsordnung*. Opladen/Berlin/Toronto 2017, S.122.

¹³ Vgl. Anm. 2!

Fakten, sondern mit Interpretationen. Wenn Sie Ihre Heimat lieben, Ihr Volk, dann wird die Geschichte, die Sie schreiben, immer positiv sein."¹⁴

Geschichtsklitterung ist indes kein Privileg allein von Diktatoren. Auch in den offenen Gesellschaften des Westens werden andauernd ‚Lehren‘ der Geschichte verbreitet, die sich bei näherem Hinsehen lediglich als historisch verbrämte Ideologie entpuppen. Ein besonders ärgerliches Beispiel dafür stellt der Appeasement-Vorwurf dar, mit dem sich spätestens seit Russlands Annexion der Krim europäische Regierungen – allen voran die deutsche – immer wieder konfrontiert sahen.¹⁵ Der Begriff *appeasement* wurde und wird dabei bewusst als Chiffre für eine Politik verabscheuungswürdiger Schwäche und feiger Nachgiebigkeit gewählt, die man sich Diktatoren gegenüber niemals erlauben dürfe. Sie ermutige diese angeblich nur zu immer dreisteren Aggressionen. Historischer Bezugspunkt ist bei dieser Argumentation stets die britische Deutschlandpolitik der 1930er Jahre, insbesondere Premierminister Chamberlains Haltung gegenüber Hitler im Jahre 1938, als Deutschland zunächst Österreich besetzte und wenige Monate später dann, abgesegnet durch das Münchener Abkommen, auch das zur Tschechoslowakei gehörige Sudetenland. Damit war für Hitler damals das Tor zum Krieg geöffnet: im März 1939 konnte er praktisch widerstandslos ganz Tschechien erobern und sich danach gegen Polen wenden.¹⁶

Wann immer in den letzten Jahren der Regierung Merkel und später auch noch der Regierung Scholz ‚Appeasement‘ vorgeworfen wurde, war und ist genau dies gemeint: Nämlich, dass die deutsche Regierung sich gegenüber Putins Russland genauso naiv oder feige verhalte wie Chamberlain dies angeblich Hitler gegenüber getan habe. Das aber wirft einige Fragen auf:

¹⁴ Zit. nach Tim Neshitov, Wladimir Medinskij. Der russische Kulturminister gibt sich als Verteidiger nationaler Mythen. In: Süddeutsche Zeitung vom 3. 8. 2015 (online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/profil-wladimir-medinskij-1.2593091>. Abgerufen am 5.12. 2022).

¹⁵ Vgl. Egbert Jahn, Putin-Versteher und Putin-Kritiker. Heftige Kontroversen um die deutsche und westliche Russlandpolitik. In: Staack, Der Ukraine-Konflikt (wie Anm. 12), S. 89-108.

¹⁶ Vgl. zusammenfassend Rainer F. Schmidt, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, 1933-1939. Stuttgart 2002, Kap. V.

- 1) War die britische Politik Hitler gegenüber wirklich naiv, ängstlich, liebedienerisch oder feige?
- 2) Stimmt der Vergleich mit der deutschen Russlandpolitik der letzten Jahre eigentlich?
- 3) Lässt sich aus der Appeasement-Politik der 1930er Jahre irgendetwas lernen?

Was den ersten Punkt angeht, so basiert die verheerende Reputation, welche Chamberlains Politik bis heute umgibt, auf einem fundamentalen Missverständnis, nämlich auf der Annahme, dass eine gescheiterte Politik zwangsläufig eine *von vornherein* falsche Politik sei. Dass die Appeasement-Politik der 1930er Jahre letztlich scheiterte, steht dabei außer Frage, denn ihr primäres – wenn auch nicht einziges – Ziel war die Verhinderung eines neuerlichen europäischen Großmachtkrieges. Mit guten Gründen bezweifelt werden darf hingegen, ob es zu dieser Politik eine grundlegende Alternative gegeben hätte.¹⁷ Denn ihr Ausgangspunkt war die ungeheure Schwächung, die Großbritannien durch den Ersten Weltkrieg erfahren hatte.¹⁸ Ein nie gekanntes Ausmaß menschlicher Verluste, verbunden mit einer finanziellen Ausblutung des Landes, schweren ökonomischen Krisen und sozialen Verwerfungen, – all das stellte die Londoner Regierungen der Zwischenkriegsjahre vor immense Herausforderungen und engte ihren politischen Handlungsspielraum stark ein. Hinzu kamen wachsende Spannungen innerhalb des British Empire, das mittlerweile ein Viertel der Weltbevölkerung umfasste, sich aber von Irland bis Indien mit erstarkenden Unabhängigkeitsbewegungen konfrontiert sah. Vor diesem Hintergrund war für die Bewahrung des britischen Weltmachtstatus die Vermeidung jedes weiteren großen Krieges eine notwendige Voraussetzung. Ein solcher nämlich würde, darüber bestand in London breites Einvernehmen, dem Krieg von 1914/18 in seinen Dimensionen, seinem

¹⁷ Vgl. in diesem Sinne sehr nachdrücklich, wenngleich nicht unumstritten: Andrew D. Stedman, *Alternatives to Appeasement: Neville Chamberlain and Hitler's Germany*. London 2011.

¹⁸ Einige Historiker wie z.B. Paul M. Kennedy sehen die Ursprünge britischer Appeasement-Politik gar bereits im 19. Jahrhundert. Für einen Überblick vgl. Marie-Luise Recker, *Appeasement-Politik: Wissenschaftliche Karriere eines außenpolitischen Konzepts*. In: Ursula Lehmkuhl (u.a., Hrsg.), *Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert*. Festschrift für Gustav Schmidt. Stuttgart 2003, S. 9-25.

Schrecken und seiner Destruktivität nicht nachstehen. Selbst ein neuerlicher Sieg wäre mithin nur ein Pyrrhussieg und als solcher für Großbritannien in jedem Falle untragbar. Vor diesem Hintergrund war eine Politik des *world appeasement* das Gebot der Stunde. Und sie blieb nicht ohne Erfolg. Vor allem das Londoner Schuldenabkommen 1924 und die Locarno-Verträge im folgenden Jahr läuteten eine Phase spürbarer Entspannung in Europa ein.¹⁹ Tatsächlich glaubte noch 1931 der britische Präsident des Völkerbundes, Lord Robert Cecil, feststellen zu dürfen, dass es kaum jemals in der Weltgeschichte eine Periode gegeben habe, in der Krieg weniger wahrscheinlich schien als derzeit.²⁰

Die Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre indes änderte alles. Wie anderswo auch rang man nun im Vereinigten Königreich mit den wirtschaftlichen und finanziellen, sozialen und politischen Folgen der weltweiten Depression. Eine schwere Regierungskrise führte 1931 zur Spaltung der regierenden Labour Party und zum Aufstieg einer faschistischen Bewegung. Als die Regierung sich im September 1931 gezwungen sah, den erst fünf Jahre zuvor als währungspolitisches Symbol der britischen Weltmachtstellung wiedereingeführten Goldstandard aufzugeben, gab das Pfund um nahezu ein Viertel seines Wertes nach. Zwar überstand am Ende die britische Demokratie die Jahre der großen Krise, musste aber erfahren, dass die Anstrengungen zur Systemstabilisierung im Innern die Handlungsspielräume in der Außen- und Sicherheitspolitik einengten. So etwa sah man sich gezwungen, Verteidigungs- und Rüstungsausgaben über Jahre hinweg zu senken, um die rapiden steigenden Soziallasten stemmen zu können. 1933 lag das britische Militärbudget bei kaum mehr als einem Viertel dessen, was es 1920 betragen hatte.²¹

Zeitgleich mit der Krise im Vereinigten Königreich veränderte der politische und finanzpolitische Rückzug der USA aus Europa und aus dem internationalen Schuldenmanagement auch das internationale System als Ganzes. Indem die Garantiemächte der bisherigen Ordnung eine

¹⁹ Vgl. Patrick Cohrs, *The unfinished peace after World War I: America, Britain and the stabilisation of Europe, 1919 – 1932*. Cambridge 2008.

²⁰ Zit. nach Klaus Hildebrand, *Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Staatengesellschaft 1931-1941*. In: *Historische Zeitschrift* 244 (1987), S. 4.

²¹ Vgl. auch Paul M. Kennedy, 'Appeasement' and British defence policy in the inter-war years. In: *Review of International Studies* 4 (1978), S. 161-177.

„Wende nach innen“ vollzogen, internationale Kooperation scheuten und sich stattdessen in Protektionismus, Autarkie und nationalegoistische Alleingänge flüchteten, zerstörten sie die Grundlagen kollektiver Sicherheit und deren zentrale Institution, den Völkerbund. Parallel dazu war in den 1930er Jahren ein weltweites Anwachsen der Gewaltspirale zu beobachten. Vor allem jene sogenannten *have nots*, die sich – wie vor allem Japan, Deutschland und Italien – als Verlierer des Weltkriegs beziehungsweise der ihm folgenden Friedensordnung wähten, nutzten die internationale Krise, um ihre Ansprüche nunmehr mit Gewalt durchzusetzen. Ausgehend von der Mandschureikrise 1931, Italiens Abessinienkrieg 1935 und der Remilitarisierung des Rheinlandes 1936 entstanden Konfliktherde in Ostasien, im Mittelmeerraum, in Afrika und in Mitteleuropa, deren Ausweitung zu einem Weltenbrand vor allem im Falle ihrer wechselseitigen Vernetzung nicht auszuschließen war. Obgleich alle diese Konflikte für die britische Weltmacht eine Herausforderung darstellten, sah London keine Möglichkeit, ihnen mit militärischen Mitteln zu begegnen. Ihr blieben nur diplomatische Anstrengungen, die ab und an – man denke nur an das deutsch-britische Flottenabkommen 1936 – auch durchaus erfolgversprechend erschienen. Kurzum: Appeasement war ungeachtet individueller Fehler, welche die Regierungen unter Baldwin und Chamberlain begangen haben mögen, die rational wohlbegründete Strategie einer strategisch überforderten Weltordnungsmacht. Erst im Schatten dieser Strategie konnte es – angesichts einer in weiten Teilen pazifistischen Öffentlichkeit zunächst nur zögerlich – zu einer Wiederaufrüstung Großbritanniens kommen. Ihren Höhepunkt erfuhr diese nicht zufällig in der Regierungszeit Chamberlains, als sich die mit dem Appeasement-Konzept verbundenen Hoffnungen auf eine nachhaltige Einhegung Deutschlands nach und nach zerschlugen. Appeasement vertrug sich also durchaus mit verstärkten Rüstungsanstrengungen, ja war sogar deren Voraussetzung.²²

Was nun hat, wenn überhaupt, all dies mit der jüngeren deutschen Russlandpolitik zu tun? Offenbar sehr viel, wenn man den deutschen und internationalen Medien Glauben schenkt, überboten sie sich doch spätestens seit Putins Annexion der Krim mit expliziten oder impliziten Bezügen zu Chamberlains Deutschlandpolitik, dies nicht selten unter

²² Vgl. auch Norrin M. Ripsman/ Jack S. Levy, *Wishful Thinking or Buying Time? The Logic of British Appeasement in the 1930s*. In: *International Security* 33 (2008), S. 148–181.

Berufung auf meist amerikanische oder osteuropäische Spitzenpolitiker.²³ In diesem Zusammenhang blieb der Versuch deutscher Politiker, sich vom Vorwurf des *appeasement* reinzuwaschen,²⁴ von vornherein vergeblich, diente der Begriff den Kritikern in aller Regel doch gar nicht als Argument, sondern als Waffe. Als solche hat sie sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs in der Tat „bewährt“. Jedenfalls gab es kaum je eine internationale Krise, in der sie nicht eingesetzt worden wäre, wenn es darum ging, diplomatische Formen der Konfliktentschärfung zu diskreditieren beziehungsweise militärische Interventionen zu legitimieren. Von den zahllosen, sich stets gleichen Beispielfällen sei hier nur einer erwähnt. Zum Auftakt des Golfkrieges 1991 erklärte Präsident George W. Bush: „If history teaches us anything, it is that we must resist aggression or it will destroy our freedoms. Appeasement does not work. As was seen in the 1930s, we see in Saddam Hussein an aggressive dictator threatening his neighbours.“²⁵ Zur Logik solcher Legitimationsstrategie gehört, den Gegner implizit, oft genug aber auch explizit in die Nähe Hitlers zu rücken. So sind denn im Laufe der Zeit nicht nur Saddam Hussein, sondern auch zahlreiche andere (antiwestliche) Potentaten bei passender Gelegenheit zu Wiedergängern Hitlers erklärt worden.²⁶ Der Zweck dieser Etikettierung liegt auf der Hand: Einmal zu einem neuen „Hitler“ erklärt, wird der Gegner zum *outlaw*, den zu vernichten jedes Mittel recht ist. Eine Kompromisslösung wird damit ausgeschlossen. Angesichts dessen überrascht nicht, dass – vorzugsweise in der Boulevardpresse – schon längst eine Diskussion darüber im Gange ist, ob nicht auch Putin ein neuer Hitler sei.²⁷

²³ Dies ist durch eine Internetrecherche leicht zu verifizieren; es sei daher hier auf Einzelbelege verzichtet.

²⁴ Vgl. etwa das Interview mit dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier im ‚Vorwärts‘ vom 24.9.2014: „Ukraine: Diplomatie ist nicht appeasement“ (online: <https://www.vorwaerts.de/artikel/ukraine-diplomatie-appeasement>. Abgerufen am 12.1.2023).

²⁵ Zit. nach Sidney Aster, *Appeasement: Before and After Revisionism*. In: *Diplomacy & Statecraft* 19/2008 (online: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09592290802344962>. Abgerufen am 16.1.2023).

²⁶ Allein im Nahen Osten reicht die Liste vermeintlicher neuer Hitlers von iranischen Politikern wie Mossadegh und später Ahmadinedschad über Ägyptens Präsidenten Nasser bis hin zum Syrer Baschar al-Assad.

²⁷ Vgl. beispielhaft schon bald nach Kriegsbeginn die Schlagzeile des Kölner ‚Express‘ vom 26.3.2022: „Ist Putin der neue Hitler? Holocaust-Forscher zeigt

Zuschreibungen solcher Art sind ebenso unseriös wie die medialen Rundumschläge mit der Appeasement-Keule. Und doch: Der Vergleich zwischen Chamberlains Politik und der jüngeren deutschen Russlandpolitik hat sich damit noch nicht erledigt. Denn tatsächlich stehen einige Parallelen ins Auge. Auch bei letzterer nämlich ging es um den Versuch der diplomatischen Einhegung einer als latent aggressiv wahrgenommenen europäischen Großmacht. So hat seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Westen mit nachdrücklicher Unterstützung der Bundesrepublik eine solche Vielzahl von Initiativen ergriffen, dass geradezu von einer Umarmungsstrategie gegenüber Moskau gesprochen werden kann. Sie reichten von der Aufnahme Russlands in den Internationalen Währungsfonds, in die Weltbank und die Gruppe der G8-Staaten über die Mitwirkung im NATO-Programm *Partnership for Peace* und die Einrichtung des NATO-Russland-Rates bis zum deutschen Vorschlag einer Modernisierungspartnerschaft 2008, womit ein ähnliches, bereits Jahre zuvor vom Europäischen Rat unterbreitetes Angebot an Moskau fortgeschrieben wurde. Zugleich wurde – vor allem von Seiten Berlins – die wirtschaftliche Kooperation mit Moskau vorangetrieben. Eines der zentralen Ziele all dieser Bemühungen war, dass nach dem Kollaps der Sowjetunion zunächst geschwächte Russland in eine vom Westen dominierte europäische Sicherheitsarchitektur so einzufrügen, dass von ihm keine Bedrohung für die benachbarten Staaten mehr ausgehen konnte.

Das Kalkül schien aufzugehen. In Moskau stießen die westlichen Initiativen zunächst auf Interesse, verhiessen sie dem daniederliegenden Land doch Teilhabe an Weltwirtschaft und Weltpolitik und damit eine Chance zum Wiederaufstieg. Selbst noch zu Beginn der Ära Putin war daher viel von Partnerschaft zwischen Russland und dem Westen, ja mehr noch, von der „Einheit der europäischen Kultur“ die Rede – eine Perspektive, die viele Beobachter hierzulande euphorisch stimmte und die deutschen Bundestagsabgeordneten zu *standing ovations* hinriss.²⁸ Weitaus augenfälliger als jemals zur Regierungszeit Hitlers versprach

erschreckende Parallelen auf.“ (online: <https://www.express.de/politik-und-wirtschaft/ist-putin-der-neue-hitler-forscher-zeigt-erschreckende-parallelen-91347>.)

²⁸ So anlässlich Putins Rede vor dem Deutschen Bundestag am 25.9.2001; vgl. die Videoaufzeichnung unter <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=4024571&url=L211ZGldGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek> (abgerufen am 12.12.2022).

westliches Appeasement hier also die tragfähige Grundlage für eine nachhaltige Friedens- und Verständigungspolitik werden zu können.

Während der folgenden Jahre wuchs in Moskau freilich der Argwohn. In dem Maße, da sich die russische Wirtschaft wieder erholte, die autoritären Züge im Regierungssystem Russlands wieder verstärkten und sich das Land auf seine angestammte Rolle als europäische Großmacht besann, wuchs die Sorge vor einer „Verwestlichung“ seiner politischen Kultur.²⁹ Die Sorge war – aus Sicht des Autokraten Putin – nicht unberechtigt, war und ist doch das Anliegen des Westens die Demokratisierung der Welt, das Ziel speziell der US-Politik eine Weltordnung im Geiste „liberaler Hegemonie“.³⁰ Dass sich die aus der Zwangsjacke sowjetischer Herrschaft entlassenen Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas diesem Ordnungsmodell gleich scharenweise aus freien Stücken anschlossen, wirkte in Moskau zutiefst beunruhigend. Die neu entstandenen pluralistischen Gesellschaften drohten eine überwiegend slawisch geprägte Welt, die Russland seit jeher als seinen Vorhof zu betrachten gewohnt war, in einen Bestandteil der westlichen Hemisphäre zu verwandeln. Damit rückten Schritt für Schritt die Grenzen der Europäischen Union und der NATO an die russischen Kernlande heran.

Es zeigt sich hier im Vorfeld des russischen Angriffs auf die Ukraine ein fundamentaler Unterschied zur deutschen Expansionspolitik der späten 1930er Jahre. Damals sahen sich die liberalen Demokratien Europas in der Defensive. Immer mehr Staaten des Kontinents hatten sich autoritären Regierungsformen zugewandt. Faschistische Regime unterschiedlicher Spielart waren auf dem Vormarsch. Hitlers Herrschaft war weder von innen noch von außen in irgendeiner Weise gefährdet. Sein gewaltsames Ausgreifen entsprang allein Hitlers unbedingtem Willen zum Krieg, – einem Krieg, den er für Deutschlands Durchbruch zur Weltmacht in jedem Fall als unausweichlich erachtete. Demgegenüber

²⁹ Die „Verwestlichung“ verstärke, so z.B. heißt es in einem umfangreichen, Anfang Juli 2021 vom Kreml veröffentlichten Strategiepapier, „die Gefahr, dass die Russische Föderation ihre kulturelle Souveränität verliert.“ Zit. nach: www.welt.de/politik/ausland/article232281147/44-Seiten-Putin-veroeffentlicht-Strategiepapier-gegen-die-Verwestlichung.html (abgerufen am 16.12.2022).

³⁰ Vgl. Peter Rudolf, *Liberaler Hegemonie und Außenpolitik unter Barack Obama*. Berlin 2016 (online: https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2016A56_rdf.pdf. Abgerufen am 11.1.2023), ferner die Kritik gegenüber dem Konzept bei John J. Mearsheimer, *The Great Delusion – Liberal Dreams and International Realities*. New Haven/ London 2018.

hatte Putin durchaus Anlass zur Sorge. Wie schon zu Zeiten der Sowjetunion drohte sein Land in der Systemrivalität mit dem Westen zu unterliegen. Entgegen anfänglichen Zusicherungen hochrangiger westlicher Politiker, dass eine Erweiterung der NATO nach Osten nicht infrage komme,³¹ hatte diese binnen zehn Jahren – zwischen 1999 und 2009 – in mehreren Beitrittswellen gleich ein ganzes Dutzend neuer Mitgliedsstaaten aus dem Umfeld ehemals sowjetischer Herrschaft aufgenommen. Dokumentiert dies einerseits die tiefsitzende Furcht der betreffenden Länder vor dem russischen Imperialismus, so andererseits doch auch das ganze Ausmaß der russischen Schwäche. Vor allem die Ankündigung der NATO auf ihrem Gipfeltreffen in Bukarest 2008, mit der Ukraine und Georgien zwei weitere ehemalige sowjetische Teilrepubliken in das transatlantische Bündnis aufnehmen zu wollen, stellte aus Sicht des Kreml eine massive Herausforderung dar. Dies umso mehr, als die große Mehrheit der Ukrainer zu jener Zeit durchaus Sympathien für den Nachbarn im Osten hegte und eine russlandfreundliche Politik befürwortete.³² Dessen ungeachtet war die Frage eines NATO-Beitritts von der Führung des Landes schon seit Jahren diskutiert worden.³³ Mit einem solchen Schritt werde aber, wie der US-Botschafter in Moskau, William J. Burns, 2008 nachdrücklich warnte, „the brightest of all red lines for the Russian elite (not just Putin)“³⁴ überschritten. Da auch Frankreichs Staatspräsident Sarkozy und Bundeskanzlerin Merkel ähnliche Befürchtungen hegten, endete das Bukarester Treffen mit einem letztlich fatalen Kompromiss: Die Ukraine wurde nicht in die NATO aufgenommen, doch blieb die Option auf eine Mitgliedschaft ausdrücklich erhalten, ja wurde 2021 sogar noch einmal ausdrücklich bestätigt. Dies aber war die wohl schlechteste aller Möglichkeiten.

³¹ Zur Quellenlage vgl. DER SPIEGEL Nr. 8 vom 18.2.2022: Neuer Aktenfund von 1991 stützt russischen Vorwurf (online: <https://www.spiegel.de/ausland/nato-osterweiterung-aktenfund-stuetzt-russische-version-a-1613d467-bd72-4f02-8e16-2cd6d3285295>. Abgerufen am 11.1.2023).

³² Christian Wipperfürth, Die Ukraine im westlich-russischen Spannungsfeld. Die Krise, der Krieg und die Aussichten. Opladen 2015, S. 12.

³³ So unter Präsident Leonid Kutschma im Jahr 2002; auch eine ukrainische Militärdoktrin von 2004 ging von einer künftigen EU- Und NATO-Zugehörigkeit des Landes aus. Vgl. Wipperfürth, ebd., S. 10.

³⁴ Zit. nach: <https://theconversation.com/ukraine-war-follows-decades-of-warnings-that-nato-expansion-into-eastern-europe-could-provoke-russia-177999> (abgerufen am 10.1.2023).

Denn eine sofortige Aufnahme der Ukraine hätte vermutlich eine abschreckende Wirkung auf Russland gehabt; umgekehrt hätte auch ein dezidierter Verzicht auf die NATO-Option möglicherweise noch die Chance auf eine ‚Finnlandisierung‘ der Ukraine eröffnet, d.h. auf eine befriedete Neutralität des Landes unter der Bedingung außenpolitischer Rücksichtnahme auf Moskau bei gleichzeitiger Beibehaltung eines westlichen Gesellschaftsmodells.³⁵ Indem weder das Eine noch das Andere geschah, wurde die Ukraine zu einem strategischen Niemandsland. Die Aufrechterhaltung der NATO-Option, die in der Ukraine (neben dem Bemühen um einen EU-Beitritt) seit 2019 sogar Verfassungsrang besitzt, bedeutete in diesem Zusammenhang für den Kreml geradezu die Aufforderung zu einer wie auch immer gearteten Intervention. Nur durch eine solche nämlich würde man aus einer geopolitisch vorläufig noch vorteilhaften Position heraus eine drohende NATO- und EU-Mitgliedschaft des Nachbarlandes abwenden und dessen fortschreitender „Verwestlichung“ einen Riegel vorschieben können.

Unsere Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, dass der Konflikt um die Ukraine ungeachtet mancher Parallelen historisch völlig anders gelagert ist als jener um Österreich und die Tschechoslowakei 1938/39. Gleiches gilt in beiden Fällen für die Politik des Westens gegenüber dem jeweiligen Aggressor. Es lassen sich somit nur sehr eingeschränkt Lehren aus der Geschichte ziehen. Was eine politische Strategie des Appeasement bedeutet und ob sie eine Chance auf Erfolg hat, hängt eben weitestgehend von den historischen Umständen des Einzelfalles ab.³⁶ Dies wusste im Übrigen auch bereits Winston Churchill, der wortgewaltigste Kritiker Chamberlain’scher Politik. „Appeasement in itself may be good or bad according to the circumstances“, bekannte er wenige Jahre nach Kriegsende. Aus Schwäche oder Furcht geboren sei sie nutzlos oder gar verhängnisvoll, auf der Grundlage von Stärke aber

³⁵ Zur Geschichte der spezifisch finnischen Neutralität während des Kalten Krieges vgl. Johanna Rainio-Niemi, *The ideological Cold War: the politics of neutrality in Austria and Finland*. New York 2014.

³⁶ Die Geschichte bietet denn auch hinreichend Beispiele nicht nur für missglücktes, sondern auch für gelungenes Appeasement (z.B. die zur KSZE 1975 führende Entspannungspolitik) ebenso wie für gescheitertes Anti-Appeasement (z.B. die amerikanische Japanpolitik 1941 oder die westliche Politik im Kontext der Suez-Krise 1956). Vgl. auch Stephen R. Rock, *Appeasement in International Politics*. Lexington, Kentucky 2000.

großmütig und edel und wohl der sicherste, vielleicht gar einzige Weg zum Weltfrieden.³⁷

Einen differenzierten Blick auf das Problem von Appeasement hat auch der israelische Philosoph Avishai Margalit. In einem systematischen Aufriss hat er eine moralphilosophische Theorie über die Angemessenheit von Kompromissen und damit von Appeasement in der internationalen Politik entworfen. Dabei kommt er unter anderem zu dem Schluss, dass Frieden und Gerechtigkeit nur bedingt miteinander kompatibel seien. Gewisse Ungerechtigkeiten müssten zur Vermeidung eines Krieges gegebenenfalls toleriert werden. Kompromisse – sogar schäbige Kompromisse – würden es grundsätzlich rechtfertigen, „um eines dauerhaften Friedens willen auch dauerhaft gewisse Ungerechtigkeiten hinzunehmen, deren Beseitigung nicht durch Gewalt erfolgen darf, die aber dennoch das Potential in sich tragen, in einen Krieg auszuarten.“³⁸ Dies gelte allerdings nicht uneingeschränkt: „Faule Kompromisse“ einzugehen verbiete sich. Als Beispiel eines solchermaßen verwerflichen Kompromisses behandelt Margalit das Münchener Abkommen von 1938. Bemerkenswert ist dabei seine Begründung: „Der niederträchtige Charakter des Vertrags beruht nicht auf dessen Inhalt, sondern auf der Person, mit der er geschlossen wurde. Ein Pakt mit Hitler war ein Pakt mit dem radikal Bösen, das einen Angriff auf die Moral schlechthin bedeutet. [...] Damit meine ich nicht einfach, dass er Böses tat, sondern dass er die Grundidee der Moral auszumerzen versuchte – indem er die Prämisse zurückwies, auf der jegliche Moral basiert, nämlich unser gemeinsames Menschsein.“³⁹

Die Theorie mag in sich schlüssig sein oder auch nicht, aus Sicht des Historikers liegt ihre fundamentale Schwäche darin, dass der Unterschied zwischen dem „normal“ Bösen (mit dem Kompromisse um des Friedens willen zulässig sind) und dem „radikal Bösen“ (mit dem sie sich verbieten) nicht ohne weiteres – und schon gar nicht *a priori* – zu treffen ist. Chamberlain über seine politische Fehleinschätzung Hitlers hinaus schweres „moralisches Versagen“ vorzuwerfen, weil er 1938 diesen Unterschied nicht gesehen habe,⁴⁰ erscheint uns jedenfalls

³⁷ Zit. nach Aster, Appeasement (wie Anm. 25).

³⁸ Avishai Margalit, Über Kompromisse und faule Kompromisse. Berlin 2011, S. 97.

³⁹ Margalit, ebd. S. 32.

⁴⁰ Margalit, ebd.

reichlich gewagt. Ob angesichts der Vielzahl russischer Kriegsverbrechen in der Ukraine mit Putin noch ein Kompromissfrieden eingegangen werden darf oder nicht, bliebe wohl gleichermaßen unklar.

Die grundsätzlich gleiche Schwäche wie der moralphilosophischen Argumentation haftet auch sozialwissenschaftlichen Theorien an. Wenn zum Beispiel Stephen Rock die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Appeasement-Politik daran misst, ob die gegnerische Macht revisionistische, expansionistische oder hegemoniale Ziele verfolgt, ob sie paranoid ist oder einfach nur kriegslüstern,⁴¹ so mag das stimmen, ist nur leider in der Praxis wenig hilfreich. Im Falle Hitlers waren die Meinungen darüber vor 1939 ebenso geteilt wie heute im Falle Putins.

Die historische Erfahrung zeigt, dass ein Krieg wie der gegenwärtige um die Ukraine nicht notwendigerweise mit einem Sieg der einen oder anderen Seite enden muss. Denkbar wären auch ein Kompromissfrieden oder – im schlimmsten Fall – eine Eskalation zum multilateralen Großmachtkrieg. Ebenfalls nicht auszuschließen ist schließlich die Möglichkeit, dass der Krieg auf absehbare Zeit gar kein Ende findet, sondern sich in einer Perpetuierung friedloser Verhältnisse erschöpft. Nichts erscheint sicher zum Zeitpunkt – im Januar 2023 – da diese Zeilen geschrieben werden. Aber die Erinnerung an den eingangs erwähnten Finnisch-Russischen Winterkrieg von 1939/40 mag vielleicht doch hilfreich sein: Damals, im März 1940, musste Finnland nach dreieinhalb Monaten härtester Kämpfe notgedrungen in einen Frieden einwilligen, der dem Land schmerzliche Gebietsverluste und zahllose Flüchtlinge bescherte, ihm jedoch seine Souveränität erhielt. Dies bedeutete freilich noch nicht das Ende der Tragödie. Vielmehr versuchte Moskau auf vielerlei Weise, Einfluss auf die finnische Politik zu nehmen, stärkte damit aber nur die Sehnsucht der Finnen, die ihnen entrissenen Teile Kareliens eines Tages wiederzugewinnen. Dieser Tag kam dann schneller als gedacht. Als Hitler im Juni 1941 in die Sowjetunion einfiel, wusste er die Finnen an seiner Seite. Erst als auch dieser Krieg verlorenging, besann man sich in Helsinki darauf, dass man als kleines Land seine Sicherheit auf Dauer nicht gegen die Interessen einer benachbarten Großmacht definieren kann. So gelang es denn Finnlands Oberbefehlshaber Marschall Mannerheim, sein Land 1944 noch gerade rechtzeitig aus dem Krieg herauszuführen und ihm so – übrigens als einzigem europäischen Anrainerstaat der Sowjetunion! – seine staatliche

⁴¹ Vgl. Rock, Appeasement (wie Anm. 36), Kap. 7.

Selbstständigkeit und seine demokratische Gesellschaftsordnung zu erhalten.⁴² Damit kehrte das nordische Land zu einer betont unheroischen Realpolitik zurück, wie es sie als autonomes Großfürstentum im Verbunde des Russländischen Reiches schon im 19. Jahrhundert lange Zeit mit Erfolg betrieben hatte. Damals hatte (vor dem Hintergrund des unglücklichen polnischen Aufstandes 1863 gegen die russische Herrschaft) Johan V. Snellman, der größte finnische Staatsmann seiner Zeit, seine Landsleute gemahnt, dass jedes Volk nur erstreben dürfe, was es aus eigener Kraft zu erreichen imstande sei. Nur unzivilisierte Völker, so seine Überzeugung, sehe man bis zum Untergang kämpfen. Es scheint uns dies eine Maxime, die heute so bedenkenswert ist wie ehemals.

⁴² Henrik Meinander, *Finnland 1944. Zwischen Hitlers Deutschland und Stalins Sowjetunion*. [Bad Vibel] 2019. Vgl. zur aktuellen Debatte auch Michael Jonas, *Dauerhaft neutral oder geteilt: Ein Vorbild für die Ukraine? Welche Schlüsse Finnland zog, als es im Winterkrieg 1939/1940 vom sowjetischen Nachbarn überfallen wurde*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 80 vom 5.4.2022, S. 11.